

Muss Erinnerung Pflicht sein?

Angesichts der antisemitischen Vorfälle in Deutschland wird über Pflichtbesuche von Schülern in KZ-Gedenkstätten debattiert

Der Zentralrat der Juden in Deutschland fordert es schon länger. Doch die meisten Bundesländer möchten die Entscheidung über den Besuch in Gedenkstätten weiterhin den Lehrern überlassen.

RICARDO TARLI, BERLIN

Kurz nachdem Felix Klein, der neue Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, sein Amt Anfang Mai angetreten hatte, äusserte er sich in einem Fernsehinterview zustimmend zur Forderung nach Pflichtbesuchen von Schülerinnen und Schülern in KZ-Gedenkstätten. Damit hat der Antisemitismusbeauftragte die Diskussion um verpflichtende Besuche von KZ-Gedenkstätten neu entfacht. Die Debatte war Anfang Jahr von der Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli angestossen worden. Jeder, der in Deutschland lebe, solle verpflichtet werden, mindestens einmal eine KZ-Gedenkstätte zu besuchen, sagte die Sozialdemokratin im Januar in einem Zeitungsinterview. Das gelte auch für Zuwanderer. Chebli, Tochter palästinensischer Flüchtlinge, schlug vor, Gedenkstättenbesuche zum Bestandteil von Integrationskursen zu machen.

Mit dieser Forderung verbunden ist die berechtigte Hoffnung, dass antijüdisch gesinnte Einwanderinnen und Einwanderer als auch geschichtsvergessene Deutsche die katastrophalen Folgen eines ungehemmten und mörderischen Rassenwahns und Antisemitismus ungeschönt und authentisch vor Augen geführt bekommen. Das Verständnis für die historische Verantwortung Deutschlands, die Erinnerung an den Völkermord an den europäischen Juden wachzuhalten, würde so gefestigt.

Die Forderung nach Pflichtbesuchen in KZ-Gedenkstätten für Schülerinnen und Schüler ist nicht neu; der Zentralrat der Juden in Deutschland fordert dies seit mehreren Jahren. Angesichts der in jüngster Zeit in Deutschland zu beobachtenden Häufung antisemitischer Vorfälle hat das Anliegen wieder mehr Beachtung gefunden.

Gründliche Vorbereitung

In den meisten Bundesländern und in Fachkreisen stösst der Vorschlag jedoch auf Ablehnung. Besuche von Gedenkstätten werden zwar generell als sinnvolle Ergänzung des Unterrichts betrachtet. Trotzdem will die Mehrheit der Bundesländer die Entscheidung



Das Grauen erklären und damit nicht vergessen – eine Besuchergruppe in der Gedenkstätte Sachsenhausen. MARKUS SCHREIBER / KEYSTONE

weiterhin den Schulen und den Lehrerinnen und Lehrern überlassen und setzt auf Freiwilligkeit, wie eine im Januar durchgeführte Umfrage des Evangelischen Pressedienstes bei den Bildungs- und Kultusministern der Länder ergeben hat.

Auch Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgischer Gedenkstätten, hegt Zweifel an der Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit von verpflichtenden Besuchen von KZ-Gedenkstätten. Viel entscheidender sei eine gründliche Vorbereitung im Unterricht: «Ich stelle immer wieder fest, dass viele Schüler mit einem sehr geringen Vorwissen KZ-Gedenkstätten besuchen», sagt der Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen. «Dies kommt einer Überforderung gleich und kann dazu führen, dass sich die Schüler dem Thema in Zukunft verschliessen.»

Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbands, teilt diese Ansicht. Freiwilligkeit sei eine Voraussetzung dafür, dass sich die Jugendlichen mit Motivation und innerer Bereitschaft mit diesem schwierigen Thema auf eine fruchtbare Weise auseinandersetzen könnten. Alles andere würde erfahrungs-

gemäss eine Abwehrhaltung erzeugen, ist der Gymnasiallehrer und Schulleiter überzeugt.

Schlussstrich ziehen?

Die Frage nach der richtigen Form des gemeinsamen Erinnerns erhitzt mitunter die Gemüter, nicht nur wenn der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke eine «erinnerungspolitische Wende um 180 Grad» fordert. In Niedersachsen soll auf der ehemaligen NS-Propagandastätte am Bückeberg bei Hameln ein Gedenk- und Lernort errichtet werden. An diesem Ort feierten die Nationalsozialisten die sogenannten Reichserntedankfeste. Im März gab der Kreistag des Landkreises Hameln-Pyrmont zwar grünes Licht. Zuvor hatte eine örtliche Bürgerinitiative mit einer Unterschriftensammlung aber versucht, das Projekt zu Fall zu bringen. Rund 2000 Bürgerinnen und Bürger der betroffenen 10 000-Seelen-Gemeinde Emmertal hatten sich gegen das Vorhaben ausgesprochen.

Die grosse Koalition hat sich die Unterstützung von Gedenkstätten im In- und Ausland auf die Fahne geschrieben, ausdrücklich unter Hinweis auf das

Gedenken an beide Diktaturen auf deutschem Boden, das Dritte Reich und das SED-Regime. Ein Schwerpunkt liege auf der Förderung pädagogischer Arbeit, um dem wachsenden Antisemitismus entgegenzuwirken, heisst es im Koalitions-

«Da Antisemitismus und Rechtspopulismus eine neue Qualität erreicht haben, müssen nun auch Gedenkstätten ihre Stimme erheben.»

Günter Morsch
Leiter von mehreren Gedenkstätten

vertrag. Gleichzeitig geht es darum, die Toleranz und das Demokratieverständnis zu stärken, dies auch im Zusammenwirken mit Zeitzeugen. Bei den Grünen und der SPD gibt es Bestrebungen, eine bundesweite Stiftung zur Förderung von

NS-Gedenkstätten und Erforschung des Nationalsozialismus ins Leben zu rufen. Als Vorbild dazu dient die 1998 gegründete Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Doch wie sollen die rund 300 NS-Gedenkstätten als zentrale Orte einer kritischen nationalgeschichtlichen Erinnerungskultur auf den zunehmenden Antisemitismus sowie auf geschichtsrevisionistische Tendenzen in Politik und Gesellschaft reagieren? Die Forderung nach einer stärkeren Einnischung in die politische Debatte steht im Raum. In der Vergangenheit haben sich Gedenkstätten bei aktuellen Fragen eher zurückgehalten, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, dass die Geschichte als Argumentationshilfe für politische Auseinandersetzungen herangezogen wird und die Opfer dadurch instrumentalisiert werden.

Eine offensivere Rolle?

Nun zeichnet sich ein Paradigmawechsel ab. «Da wir erleben müssen, dass Antisemitismus und Rechtspopulismus eine neue Qualität erreicht haben, sind alle aufgefordert, dagegen ihre Stimme zu erheben, auch und gerade die Gedenkstätten», sagt Günter Morsch, der altershalber abtretende Leiter von mehreren Gedenkstätten. Gedenkstätten sollten die Debatte darüber mitgestalten, was Menschenwürde heutzutage angesichts von Flucht und Terror bedeute, fordert Habbo Knoch. Er ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Köln und war Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten. «Gedenkstätten erinnern daran, wohin es führen kann, wenn ein rassistisch definiertes «Volk» zum alleinigen Massstab der Politik wird.» Daraus erwachse für diese Orte und ihre Leitung eine besondere Verantwortung, öffentlich Stellung zu nehmen, wenn die ethischen Grundlagen unseres politischen Bewusstseins angegriffen würden.

Harald Schmid, Vorstandsmitglied im Forum der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland, plädiert generell für mehr Gegenwartsbezug in der Bildungsarbeit, um die Rolle und Bedeutung der Gedenkstätten als gesellschaftlichen Akteur aufzuwerten. So könne einer «Musealisierung» der Gedenkstätten entgegengetreten werden. Angesichts wachsender antisemitischer Tendenzen gibt es in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Überlegungen, Gedenkstättenbesuche in den Lehrplänen verbindlich festzuschreiben.

Die DDR-Gedenkstätte Marienborn ist ein Ort ohne Schatten

In einem Projekt führen Schüler andere Schüler durch den wichtigsten Grenzübergang zwischen Ost- und Westdeutschland

Am grössten und wichtigsten Grenzübergang zwischen der Bundesrepublik und der DDR lässt sich der Kontroll- und Überwachungswahn der SED-Diktatur nachzeichnen. Die Gymnasiasten bewegen vor allem die Gespräche mit Zeitzeugen.

RICARDO TARLI, BERLIN

«Das ist das Gehirn der Anlage», sagt Elisa. Sie steht mit einer Gruppe von Schülerinnen und Schülern auf dem Kommandoturm auf der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn. Der Hauptleitstand, ausgestattet mit Schaltpult, Monitoren und Telefonanlage, gewährt einen Rundblick über das öde wirkende Areal, wo bis zum Fall der Mauer die innerdeutsche Grenze verlief. Das grossgewachsene Mädchen mit den langen blonden Haaren weist mit einer Handbewegung nach Osten, danach nach Westen: «Dort war die DDR, dort

die Bundesrepublik.» Die 15-jährige Gymnasiastin aus dem nahe gelegenen Helmstedt ist einer von mehreren sogenannten Schülerguides, die anlässlich des länderübergreifenden Schülerprojekttages im April in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn um die 250 Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt von der 8. bis zur 12. Klasse über das weitläufige Gelände des ehemaligen Grenzübergangs führen.

Nadelöhr im Eisernen Vorhang

Marienborn war der grösste und wichtigste Grenzübergang zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Der Löwenanteil des Transitverkehrs nach und von Westberlin wurde hier abgewickelt. Die Gedenkstätte liegt unmittelbar an der heutigen Bundesautobahn von Hannover nach Berlin. Heute passieren hier täglich Tausende die Autobahn. Was im «Europa der offenen Grenzen» eine Selbstverständlichkeit ist, war noch vor einer Generation unvorstellbar. Marien-

born war ein Nadelöhr im Eisernen Vorhang. Viele Westdeutsche verbinden den Ort mit stundenlangen Wartezeiten, grimmigen Grenzbeamten und schikaniösen Kontrollen.

Elisa eilt zur nächsten Sehenswürdigkeit, die Gruppe von Schülerinnen und Schülern im Schlepptau. Vor einer unscheinbaren Baracke macht das Mädchen halt. «Das ist die sogenannte Gamma-Kanone», sagt sie zu den Jugendlichen. Hier sind Fahrzeuge versuchsweise mit leicht radioaktiver Strahlung unbemerkt durchleuchtet worden, um Personenschleusungen aufzudecken. Elisas Stimme geht im Lärm der nahen Autobahn fast unter. In Marienborn zeigt der Kontroll- und Überwachungswahn der SED-Diktatur sein hässliches Gesicht. Die Ausmasse dieser Überwachungseinrichtung überraschen und sind bedrückend. Über tausend Menschen, vorwiegend Soldaten der Grenztruppen, Angehörige der Zollverwaltung und als Passkontrolleure getarnte Stasi-Mitarbeiter, waren hier rund um die Uhr im Einsatz, um die Zonengrenze zu kon-

trollieren. Nachts war es ein Ort ohne Schatten. Ein ausgeklügeltes Beleuchtungssystem sorgte dafür, dass auch der letzte Winkel ausgeleuchtet wurde, um mögliche Fluchtversuche im Ansatz zu unterbinden.

Sprechen mit Zeitzeugen

In wesentlichen Teilen ist die Infrastruktur der Anlage bis heute erhalten geblieben. Das macht Marienborn zu einem einzigartigen und authentischen Erinnerungsort der deutschen Teilung. Ein Kuriosum sind die Förderbandanlagen, auf denen die Reisedokumente der Fahrzeuglenker nach der Abgabe an den Grenzbeamten 40 Meter weit in die Passkontrollbaracken transportiert wurden. Seit 1990 steht die gesamte Anlage unter Denkmalschutz.

Zahlreiche Fluchtversuche fanden in Marienborn ein jähes Ende. Am 6. Oktober 1973 wurde zum Beispiel der damals 24-jährige Rolf-Joachim Erler im Kofferraum eines Opels von der Stasi aufgegriffen und darauf in einem Geheimprozess

zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Nach seinem Freikauf durch die deutsche Bundesregierung im November 1975 wurde er in den Westen abgeschoben. Der heute 68-Jährige ist einer von mehreren Zeitzeugen, die am Schülerprojekttag von ihren Erlebnissen erzählen. Die Schülerinnen und Schüler zeigten sich von Rolf-Joachim Erlers Schilderungen beeindruckt. «Der Aufwand, den die Stasi zu seiner Überwachung betrieb, war absurd», bemerkt Paul, ein 17-jähriger Gymnasiast aus Helmstedt. Julia, eine 16-jährige Gymnasiastin aus Wolfsburg, findet Erlers Schilderungen seines Freikaufs aus der DDR besonders interessant. Dass die Stasi nicht davor zurückschreckte, ihn staatsfeindlicher Umtriebe zu bezichtigen, die samt und sonders erfunden waren, macht nicht nur Elisa, eine 15-jährige Realschülerin aus Rühden, betroffen.

Nach einer Dreiviertelstunde endet die Führung mit der Helmstedter Gymnasiastin. Die Schüler applaudieren. Elisa ist zufrieden: «Es war eine gute Erfahrung, obwohl ich etwas nervös war.»